

Positionspapier der Humanistischen Partei zu den Zürcher Kantonsratswahlen vom 6. April 2003

EINLEITUNG

Die Humanistische Partei wurde vor bald 20 Jahren in Zürich gegründet. In dieser Zeit beteiligte sie sich an zahlreichen Wahlen in der Stadt und im Kanton Zürich, in Bern, Basel und im Aargau, jeweils ohne „Erfolg“. Ihr Stimmenanteil überstieg in Zürich nur selten 1% und bewegte sich meistens im Rahmen zwischen 0,3 und 0,5 %.

Weshalb stellt die Humanistische Partei nach wie vor Kandidaten und Kandidatinnen zur Wahl? Weil wir nicht nur auf „unmittelbaren Erfolg“ abzielen, sondern der Bevölkerung Zürichs eine wirkliche Alternative anbieten wollen. Viele der heutigen Schwierigkeiten, seien diese nun im Gesundheits- oder Bildungswesen, in der Ausländerproblematik, im wirtschaftlichen Umfeld (zunehmende Arbeitslosigkeit, Betriebsschliessungen, Massenentlassungen), die zunehmende Gewalt und Intoleranz, und nicht zuletzt die Schwierigkeiten im persönlichen Leben vieler Menschen, können nicht isoliert betrachtet werden.

Im Gegensatz zu den traditionellen politischen Kräften verfolgen die Humanisten keine kurzfristige pragmatische Interessen. Wir gestalten unser Programm nicht in erster Linie so, damit wir gewählt werden. Wir sagen offen und ehrlich, wie wir die Situation sehen und welches unsere Vorschläge sind, um die unmenschliche und zerstörerische Richtung des gegenwärtigen Systems zu verändern.

Unsere Standpunkte und Vorschläge leiten sich im weitesten Sinne von den 5 grundlegenden Punkten der HP ab:

1. Der Mensch als zentraler Wert.
2. Aktive Gewaltfreiheit als Aktionsmethode.
3. Grundsatz der Wahlfreiheit
4. Nicht-Diskriminierung
5. Humanistische Wirtschaftsmodelle

THEMENBEREICHE

ARBEIT UND SOZIALWESEN

Laut dem statistischen Amt Zürich lebte Ende 2001 rund 7,4% der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze, und diese Bevölkerungsgruppe ist weiterhin zunehmend. Weitere 20% gelten als armutsgefährdet. 21% aller Alleinerziehenden gelten als arm. Unmittelbare Ursachen sind nebst der Arbeitslosigkeit auch tiefe Einkommen und zu hohe finanzielle Belastungen, die sich durch die verschiedenen Spar- und Privatisierungsmassnahmen immer mehr verschärfen. Die am stärksten betroffenen Bevölkerungsteile sind neben den Alleinerziehenden die AusländerInnen (9,5% gelten als arm), und generell sind Frauen eher betroffen als Männer.

Die Entwicklung in unserem Kanton steht in direktem Zusammenhang mit der globalen Entwicklung: Der technologische Fortschritt hat innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems, zusammen mit der sogenannten „Globalisierung“, zu Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen, Schliessung von Betrieben, Kapitalflucht, Verschuldung und schliesslich einem Abwälzen der sozialen Kosten auf die Bevölkerung geführt. Statt Lösungsvorschläge für diese gefährliche Entwicklung zu machen, überbieten sich Politiker aller „Couleurs“ in Sparvorschlägen und übernehmen so den vom Kapital aufgezwungenen Diskurs.

Es braucht eine Richtungsänderung

Wir Humanisten streben kein Wirtschaftswachstum und keine Gewinnmaximierung um jeden Preis an – für uns stellt sich vielmehr die Frage, *was mit den Gewinnen geschieht und wozu das Wirtschaftswachstum den Menschen nützt*. Denn wenn ein Wachstum nicht zu einer Verbesserung der Gesundheit, der Bildung und der Lebensqualität aller Menschen beiträgt, dann ist dieses Wachstum sinnlos. Die humanistischen Lösungsvorschläge sind also weder „Wirtschaftswachstum“ noch „wirtschaftsfreundliche Standorte“.

Vielmehr muss die Beziehung zwischen Kapital und Arbeit neu definiert werden, denn solange einige Wenige über die Mehrheit entscheiden, wird sich an dieser unmenschlichen und zerstörerischen Richtung nichts ändern. Nur durch eine Beteiligung der Arbeitenden an allen Entscheidungsmechanismen eines Betriebes kann verhindert werden, dass sich das Kapital weiter in den Händen einer Minderheit konzentriert, die ihre Gewinne in den Spekulationskreislauf leiten und gleichzeitig Betriebsschliessungen vornehmen und nach und nach das gesamte Land „privatisieren“.

Vorschläge:

- Gesetz über das Miteigentum der Arbeitenden (GMA), welches Selbst- und Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft fördert.
- Im Rahmen eines solchen Gesetzes müssen für diejenigen Betriebe, welche Miteigentum sowie Mitbestimmung der Arbeitenden fördern, Steuererleichterungen gewährt werden.
- Zinsfreien Kredite der Kantonalbank sollten für Firmen zur Verfügung stehen, die das Modell des Miteigentums der Angestellten anwenden.
- Förderung von Tauschringen
- Kapitalgewinn- und Kapitaltransfersteuern
- Progressive Besteuerung der Grossgewinne
- Keine Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, vielmehr Rücknahme der bereits erfolgten Privatisierungen.

BILDUNGSWESEN

Aus humanistischer Sicht stellen wir fest, dass die Qualität der Bildung - im Gegensatz zum freien Zugang- sehr niedrig ist. Schüler und Studenten werden hauptsächlich als Informationsempfänger behandelt, die mit der Zeit zu „Produzenten“ und „Konsumenten“ gemacht werden müssen. Das aktuelle Schulsystem prägt einen Menschen, der sich frei und unabhängig wähnt, gleichzeitig aber die Erwartungen des Systems erfüllt und leicht manipuliert und gesteuert werden kann. Die Werte, welche die Schule prägen, sind klar den makro-ökonomischen Richtlinien des kapitalistischen Systems untergeordnet. So werden die Menschen in keiner Weise darauf vorbereitet, neue Antworten auf eine sich verändernde Welt, die klare Anzeichen einer Krise zeigt, zu geben. Anstatt sie auf die kommende Welt vorzubereiten, werden sie sich selbst überlassen, mit Werten und Vorgehensweisen, die in der Praxis bereits ihr Scheitern gezeigt haben. Anstatt ein kreatives menschliches Wesen zu fördern, das fähig ist, sich selbst und die Gesellschaft zu verändern, formt das heutige Schulsystem einen egozentrischen und individualistischen Menschen, anfällig für alle Arten von neo-irrationalen und rassistischen Strömungen, für Drogensucht, Alkoholismus, Selbstmord und verschiedenste Arten von psychischen Krankheiten (Magersucht, Depression) und Gewalt.

Die persönliche Entwicklung der Schüler und Lehrer, die emotionale Entfaltung, die persönliche und kulturelle Vielfalt, der körperliche Ausdruck, zusammenhängendes Denken, Fragestellungen zum Sinn des Lebens, ein Verständnis des Menschen und ein Studium der menschlichen Absicht sowie anderer fundamentaler Aspekte der menschlichen Existenz werden vom heutigen Bildungssystem vernachlässigt.

Es ist von grundlegender Bedeutung, ein Bildungssystem zu entwickeln, das klar für eine Veränderung und Weiterentwicklung in Richtung einer gerechteren und menschlicheren Gesellschaft befähigt anstelle einfach die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen zu reproduzieren und die neuen Generationen an diese Bedingungen anzupassen.

Unmittelbare Massnahmen

- Weiterentwicklung der Lehrpläne, um die Fähigkeit des strukturierten und analytischen Denkens zu fördern. Die Schüler sollen zu einem nicht-naiven Blick auf die Realität befähigt werden, um die Welt nicht als eine „objektive Realität“ in sich zu verstehen, sondern als eine, die durch die menschliche Intentionalität geformt und verändert wird.
- Ideologische, ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt muss in den Lehrplänen garantiert sein.
- Der Gebrauch der neuen Technologien (Computer) muss allen Schichten der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Deshalb frühzeitige Ausbildung an diesem wichtigen Arbeitsinstrument.
- Beschränkung der Schülerzahl auf höchstens 20 Kinder in der Grund- und Oberstufe.
- Kostenlose Bildung auf allen Stufen, einschliesslich der Universitäten. Keine Studiengebühren!
- Freier Zugang zu allen Fakultäten. Keine Studienbeschränkungen!
- Insbesondere stellen wir uns gegen jede Versuche zur Privatisierung auch nur von Teilen des öffentlichen Bildungswesens. Ebenso lehnen wir jegliche Sparmassnahmen im Bildungswesen kategorisch ab.
- Demokratisierung des Schulwesens (Mitbestimmung durch Lehrer-, Eltern- und Schüler- bzw. Studentenräte).

GESUNDHEITSWESEN

Gesundheit ist (wie Bildung) ein Menschenrecht. Der freie Zugang zu medizinischer Versorgung wird durch die häufig genannte „Kostenexplosion“ immer mehr in Frage gestellt, und das Budget eines grossen Teils der Bevölkerung wird immer stärker belastet.

Die Ursache der Kostenexplosion im Gesundheitswesen liegen zum Teil im Profitstreben der in diesem Bereich tätigen Einrichtungen, Konzerne und Unternehmungen, die das Gesundheitswesen einfach als weiteren "Wirtschaftszweig" betrachten. Würden alle in diesem Bereich erzeugten Gewinne (der Pharma-Industrie, der Unternehmen, die medizinische Instrumente herstellen, der Verteiler, der Forschungsinstitute, etc.) ausgeschaltet, so würden wir heute nicht einer dermassen katastrophalen Entwicklung gegenüberstehen. Das Gesundheitswesen darf nicht länger als Wirtschaftszweig betrachtet werden!

Vorschläge

- Aufbau einer kantonalen Krankenversicherung. Entwicklung eines auf Solidarität beruhenden Finanzierungsmodells (Finanzierung durch Lohnprozente der Arbeitnehmer und –geber sowie durch kommunale und kantonale Mittel).
- Staatliche Verbilligung der Medikamente und der Behandlungskosten
- Keine Privatisierung der Kantonsspitäler
- Keine Sparübungen im Gesundheitswesen!
- Eine gründliche Untersuchung über das tatsächliche Ausmass von Suchterkrankungen und den psychosozialen Zustand der Bevölkerung (Depressionen, Neurosen, Psychosen, Suizide, „Wohlstandskrankheiten“ wie Anorexie und Bulimie, Drogensucht, etc.). Die Ergebnisse dieser Untersuchung soll als Basis für eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Entwicklung psychischer Krankheiten und Zunahme aller Formen von legalen und illegalen Drogen dienen.

Zur Drogensucht im Besonderen schlagen wir vor:

Die grossen Probleme der Alkohol-, Medikamenten- und Drogenabhängigkeit sind in eine umfassende Gesundheitsvorsorge zu integrieren. Insbesondere ist der Konsum von Drogen *ein gesundheitliches und kein rechtliches Problem*.

- Entkriminalisierung des Drogenkonsums und gezielte Aufklärungskampagnen über die Ursachen von Drogensucht (inklusive Medikamenten- und Alkoholabhängigkeit).
- Beibehaltung der staatlich kontrollierten Heroinabgabe für Schwerstsüchtige
- Legalisierung von Cannabisprodukten
- Umfassende Aufklärungskampagnen über Ursachen des Drogenkonsums, wobei das gesamte gesellschaftliche Umfeld und die Richtung des gegenwärtigen gesellschaftlichen Systems und seinen Wertvorstellungen schonungslos hinterfragt werden müssen.
- Förderung einer humanistischen Bildungspolitik, die den jungen Menschen befähigt, seinem eigenen Leben eine positive Richtung zu geben (siehe Kapitel Bildung).

DEMOKRATIE UND STAAT

Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen und staatlichen Institutionen hat in den letzten Jahren rapide abgenommen. Viele fühlen sich von den traditionellen Parteien und Vertretern im Stich gelassen. Gerade die neuen Generationen beteiligen sich kaum noch am politischen Geschehen, mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten gehören bereits zu den Nicht-Wählern.

Die kapitalkräftigen Kreise haben die Möglichkeit, Wahlen und Abstimmungen leicht zu ihren Gunsten zu beeinflussen, und diese Entwicklung muss aufgehalten werden. Alle Massnahmen, welche die demokratischen Institutionen stärken, die Beteiligung und die Chancengleichheit der Bevölkerung vergrössern, sind zu begrüessen.

VORSCHLÄGE

- Abstimmungen, Wahlen und Volksbefragungen per Internet
- Gesetz über die politische Verantwortlichkeit, welches die Abwahl von Regierungsräten ermöglicht.
- Direktwahl aller wichtigen politischen Institutionen, also auch des Obergerichts
- Stimmrechtsalter 16 sowie Stimmrecht für AusländerInnen
- Keine Broschüren mit manipulativen "Abstimmungsempfehlungen" zu den Abstimmungen. Ersatz dieser Abstimmungszeitungen durch reine Informationsbulletins, bei deren Erstellung Gegner und Befürworter genau gleich viel Platz erhalten.
- Mediengesetz, welches die staatlichen, aber auch die grossen „parteiunabhängigen“ privaten Medien verpflichtet, vor den Wahlen allen Kandidaten und Parteien gleich viel Platz einzuräumen. Bei Abstimmungen müssen Befürwortern und Gegnern ebenfalls gleichviel Platz gegeben werden.
- Gesetz, das den Abstimmungskampf vor den Wahlen oder Abstimmungen regelt. Dieses Gesetz muss gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle sich Beteiligten gewährleisten. Insbesondere dürfen finanzstarke Gruppierungen keinerlei Vorteile geniessen.
- Die Schaffung von 2 Halbkantonen Zürich-Stadt und Zürich-Land, da so die Demokratie näher zu den BewohnerInnen rückt. Die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Stadt, aber auch der Landgemeinden werden erweitert.

NICHT-DISKRIMINIERUNG

- Schaffung eines „Kantonalen Amtes für Menschenrechte“.
- Aufenthaltsrecht und Arbeitsbewilligung für alle AusländerInnen (Legalisierung der „Sans-Papiers im Kanton Zürich“).
- Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen, die darum ersuchen und seit 5 Jahren im Kanton leben
- Öffentliche Gebäude und Verkehrsmittel sollen behinderten Menschen ebenso zugänglich sein wie allen anderen.
- Trennung von Kirche und Staat.
- Echte Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle weltanschaulichen und religiösen Gruppierungen.
- Anerkennung der zivilrechtlichen Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren.
- Förderung einer Kultur der Toleranz sowie der kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt.

HUMANISTISCHE PARTEI – ETWAS MEHR ALS EINE PARTEI